



## Kreisverband Wiesbaden **Rotationserlass**

# Verlust von Expertise, Belastung und gestörtes Vertrauen

Der Rotationserlass schwächt die Polizei Hessen: Verlust von Expertise, Belastung der Familien und gestörtes Vertrauen! – Pascal Wagner, 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Wiesbaden der DPoIG



Pascal Wagner,  
1. Vorsitzender Kreisverband Wiesbaden

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, als 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Wiesbaden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) im dbb möchte ich heute über die erheblichen Nachteile des Rotationserlasses des Landes Hessen für unseren Polizeiberuf berichten.

### Herausforderungen

Der Erlass, der die regelmäßige Versetzung von Polizeibeamtinnen und -beamten innerhalb der hessischen Polizei vorsieht, bringt eine Reihe von Herausforderungen und Problemen mit sich, die aus Sicht der DPoIG Wiesbaden sowie der betroffenen Kolleginnen und Kollegen dringend adressiert werden müssen.

### Expertise

#### 1. Verlust von Erfahrungswissen und Expertise

Ein wesentlicher Kritikpunkt am Rotationserlass ist der Verlust von Erfahrungswissen und Expertise, der durch die ständige Versetzung von Beamten entsteht. Insbesondere in spezialisierten Einheiten und auf komplexen Sachgebieten ist es von größter Bedeutung,

dass die Beamten über langjährige Erfahrung verfügen und ein tiefes Verständnis für die spezifischen Anforderungen ihrer Position entwickeln können. Durch häufige Wechsel verlieren wir wertvolle Kompetenzen, die nicht einfach durch andere Beamte ersetzt werden können.

### Belastung

#### 2. Belastung für die betroffenen Beamten und deren Familien

Der Rotationserlass stellt eine erhebliche Belastung für die betroffenen Polizeibeamten und deren Familien dar. Häufige Versetzungen bedeuten nicht nur berufliche Umstellungen, sondern auch persönliche und familiäre Einschnitte. Insbesondere für Beamte mit Kindergartenkindern, schulpflichtigen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen stellen die Versetzungen eine enorme Herausforderung dar. Sie müssen sich in neuen Umgebungen zurechtfinden, was oft mit einem hohen persönlichen und finanziellen Aufwand verbunden ist. Die daraus resultierende Unzufriedenheit kann langfristig zu einer verminderten Arbeitsmotivation und sogar zu einem Anstieg der Krankheitsfälle führen.

### Effizienz

#### 3. Beeinträchtigung der Einsatzbereitschaft und Effizienz

Die regelmäßige Rotation von Polizeibeamten beeinträchtigt auch die Einsatzbereitschaft und Effizienz der Polizei. Durch die ständige Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen in verschiedenen Dienststellen wird wertvolle Zeit und Energie aufgewendet, die anderenfalls für die Bekämpfung von Kriminalität



und die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit eingesetzt werden könnten. Besonders in Zeiten steigender Anforderungen an die Polizei und zunehmender Einsätze ist es kontraproduktiv, Ressourcen in immer wiederkehrende Einarbeitungsprozesse zu investieren.

### Vertrauensverlust

#### 4. Schwächung des Vertrauensverhältnisses zu Bürgern und Partnern

Ein weiterer Nachteil des Rotationserlasses ist die Schwächung des Vertrauensverhältnisses zwischen der Polizei und der Bevölkerung sowie zu anderen Behörden und Partnern. Vertrauen basiert auf Kontinuität und Verlässlichkeit. Wenn Beamte häufig die Dienststellen wechseln, fällt es schwer, langfristige Beziehungen aufzubauen und zu pflegen. Dies kann insbesondere in Regionen mit

hoher Kriminalitätsrate oder bei sensiblen Aufgabenbereichen wie dem Opferschutz zu Problemen führen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Rotationserlass des Landes Hessen zahlreiche Nachteile für den Polizeiberuf mit sich bringt. Er schwächt die Fachkompetenz, belastet die betroffenen Beamten und ihre Familien, beeinträchtigt die Effizienz und Einsatzbereitschaft der Polizei und erschwert den Aufbau von Vertrauen zu Bürgern und Partnern. Wir fordern daher eine Überprüfung der Notwendigkeit des Erlasses. Eine Einzelfallentscheidung bleibt dadurch weiterhin unberührt. Es ist unerlässlich, dass die Polizei in Hessen auch in Zukunft stark und einsatzbereit bleibt, um den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit effektiv begegnen zu können.

Mit kollegialen Grüßen

Pascal Wagner,

1. Vorsitzender des Kreisverbandes Wiesbaden der DPoIG

## JUNGE POLIZEI

### Runde zwei eröffnet

# JUNGE POLIZEI startet die nächste Runde der politischen Gespräche

Die JUNGE POLIZEI vertritt eine Vielzahl an Kolleginnen und Kollegen. Die Vergangenheit zeigte, dass diese mitunter ganz spezielle Themen haben, welche sie bewegend beziehungsweise beschäftigen.

Daher kam schon im letzten Jahr der Gedanke im Landesvorstand auf, dass das Team der JUNGEN POLIZEI eigenständig Gespräche mit den Jugendorganisationen der Parteien des Hessischen Landtags führt.

Dies galt es, in diesem Jahr fortzusetzen ...

Am 18. September 2024, dem Tag des Respekts, folgten Christian Habrecht (stellvertretender Landesvorsitzender) und Dominik Wildenhain (Landesjugendleiter) der Einladung von Sebastian Sommer (MdL) in den Hessischen Landtag, wo auch die Abgeordneten Dominik Leyh (MdL) und Maximilian Schimmel (MdL) dem Gespräch beiwohnten.

Alle drei Abgeordneten gehören der sogenannten Jungen Gruppe der CDU-Landtagsfraktion an und verteilen sich auf unterschiedliche Ressorts.

Vor Beginn des offenen Austauschs ließ es sich auch Herr Innenminister Roman Poseck nicht nehmen, zwischen zwei Terminen kurz „reinzuschauen“, um sich nach „dem aktuellen Hauptthema“ der JUNGEN POLIZEI zu erkundigen.

Die Antwort auf diese Frage lautete klar und deutlich: der Rotationserlass.



© DPoIG Hessen

Christian Habrecht (vierter von links) und Dominik Wildenhain (fünfter von links) in der Mitte zwischen Politikern und Innenminister.

Aufgrund der geringen Zeit an diesem Tag lud Herr Poseck die JUNGE POLIZEI nach einem kurzen Austausch über den Erlass zu sich in das Ministerium ein, um das Thema weiter zu vertiefen, das Für und Wider abzuwägen und sich gegebenenfalls auch über Alternativen zu unterhalten.

Gegenüber den oben angegebenen Abgeordneten der CDU legten Dominik und Christian noch mal ganz detailliert die Bedenken der DPoIG in Bezug auf den Rotationserlass dar.

So sieht die DPoIG neben einigen persönlichen Schicksalen, welche durch den Rotationserlass betroffen sind, auch eine deutliche Einbuße an Expertise, wenn zum Beispiel ein Kollege das Fachkommissariat oder eine Kollegin, nachdem sie endlich das Dienstgebiet kennt, die Dienststelle wechseln muss.

Klar ist auch, dass es sich in den wenigsten Fällen als schlecht erweist, mal seinen Horizont zu erweitern; jedoch ist der Erfolg eines solchen Wechsels dann am größten, wenn er intrinsisch motiviert ist und nicht von außen aufgezwungen wird.

Unzufriedene Kollegen, welche sich regelmäßig in ein neues Tätigkeitsfeld einarbeiten müssen, um dann, nach fünf Jahren wieder auf null gesetzt zu werden, kann und darf sich der Dienstherr nicht erlauben, wenn er der Attraktivität des Polizeiberufs und der Arbeitsqualität der hessischen Polizei Rechnung tragen möchte.

Die Bedenken stießen bei der CDU auf offene Ohren, wobei man sich hierbei nicht ein einfaches Abnicken, sondern vielmehr einen offenen Diskurs vorstellen sollte.

Dieser setzte sich sodann bei den Themen:

- Einstellungszahlen (bedingt durch die Attraktivität des Berufs),
- der Qualität der Diensträume/der Liegenschaften,

- der Ausstattung mit dem Elektroimpulsgerät (Taser),
- aufgezwungenen/verpflichteten „Sensibilisierungsveranstaltungen“ fort.

Bei letzterem Thema verhält es sich aus Sicht der JUNGEN POLIZEI wie mit der zuvor angesprochenen „Horizontenerweiterung“. Sicherlich ist es im Grundsatz nicht verkehrt, sich weiterzubilden beziehungsweise sich Rucksackwissen anzueignen.

Eine Verpflichtung hierzu erscheint jedoch aus hiesiger Sicht in jedem Fall als untauglich, denn Gelerntes kann nur auf dem fruchtbaren Fundament der Freiwilligkeit einen langfristigen Ertrag liefern.

Dem Dienstherrn kommt hierbei die essenzielle Aufgabe zuteil, attraktive Angebote zur Verfügung zu stellen und jedem Interessierten uneingeschränkt die Teilnahme an dem Angebot zu ermöglichen.

Das Team der JUNGEN POLIZEI verließ am 18. September 2024 den Hessischen Landtag mit dem guten Gefühl, ein konstruktives Gespräch mit den Abgeordneten der CDU sowie Herrn Innenminister Poseck geführt zu haben.

Das macht Lust auf weitere Gespräche mit anderen Parteien und auch die freundliche Einladung in das Innenministerium wird vonseiten der JUNGEN POLIZEI nicht lange unbeantwortet bleiben.

*Christian Habrecht,  
stellvertretender Vorsitzender*

## Kreisverband Mittelhessen

# Gemeinsamer Kampf gegen Antisemitismus

Die DPoIG in Mittelhessen agiert mit vielen regionalen Playern aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gemeinsam. Deshalb war es eine Selbstverständlichkeit, auf Einladung der Landtagsabgeordneten Marie-Sophie Künkel, die ihren Wahlkreis in Mittelhessen hat, an der Veranstaltung Antisemitismus mit dem Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck und Oberamtsfrau Julia Hiepel vom Landesamt für Verfassungsschutz teilzunehmen.



Abgeordnete Marie-Sophie Künkel, Alexander Glunz (DPoIG), Julia Hiepel (LfV)

Gerade in heutigen Zeiten ist das Thema Antisemitismus keine leichte Kost. Deshalb freute sich die Landtagsabgeordnete Marie-Sophie Künkel umso mehr, dass die Plätze im Haus des Gastes in Gladenbach fast bis auf den letzten Platz besetzt waren, als der Vortrag zum Thema begann.

Nach der Begrüßung durch Frau Künkel schilderte der Innenminister, Prof. Dr. Roman Poseck, die aktuelle Lage.

### Lagebericht des Innenministers

Besonders die steigende Zahl antisemitischer Straftaten und der offene, aber auch verdeckt geäußerte Antisemitismus sind Probleme, welche er benannte. Nicht zuletzt die immer häufiger bei Demonstrationen aufflammende Gewalt macht der Polizei zu schaffen. Eine Verschärfung der Nahostkrise bedeutet automatisch eine höhere Belastung für die Polizei. Sei es durch mehr Demonstrationen, steigende Straftaten in diesem Zusammenhang oder auch mehr Personen- und Objektschutz für gefährdete Einrichtungen.

## Fachvortrag des Landesamtes für Verfassungsschutz

In ihrem Fachvortrag erklärte im Anschluss Frau Oberamtsfrau Julia Hiepel vom Landesamt für Verfassungsschutz, was eigentlich unter Antisemitismus zu verstehen ist. Bemerkenswert ist, dass „Judenhass“ nicht nur ein Phänomen aus rechtsextremistischen Bereichen ist, sondern sich auch im links-autonomen Bereich häufig antreffen lässt. Auch die unterschwellige und teilweise nicht für jeden sofort erkennbare Form des Antisemitismus durch gezielte Bilder und Botschaften erläuterte die Verfassungsschützerin in ihrem Vortrag.

## Straftaten nicht immer erkennbar

Dass selbst Polizeibeschäftigte manchmal Probleme haben, Antisemitismus sofort zu erkennen und die Strafbarkeit von bestimm-

ten Handlungen oder Aussagen verifizieren zu können, liegt da auf der Hand.

## Polizei positiv bewertet

In der sich anschließenden Diskussion wurde das große Vertrauen der Anwesenden in die Polizei und das Wissen um deren schwierige Situation und Belastung klar zum Ausdruck gebracht. Was von dem anwesenden DPoIG-Vertreter positiv aufgenommen wurde. Auch die Teilnahme der DPoIG an der Veranstaltung fand bei der Organisatorin und ihrem Team großen Zuspruch. Im Sinne der Polizeibeschäftigten will man auch zukünftig sich gegenseitig unterstützen und die Zusammenarbeit ausbauen.

Alexander Glunz  
für den KV Mittelhessen



## Terminankündigung

### JHV und Weihnachtscafé des Kreisverbandes Mittelhessen

Wie jedes Jahr lädt der Kreisverband Mittelhessen seine Mitglieder und Gäste zur JHV und zum Weihnachtscafé ein.

Als Termin ist **Donnerstag, 12. Dezember 2024, ab 14 Uhr im Polizei-präsidium Mittelhessen** in Gießen vorgesehen. Eine Einladung und weitere Informationen werden noch auf der Homepage [www.DPoIG-hessen.de](http://www.DPoIG-hessen.de) veröffentlicht.

Es handelt sich in der Regel um eine dienstliche Veranstaltung, welche in der Dienstzeit besucht werden kann beziehungsweise für die Dienstbefreiung gewährt wird.

Marila Thomas (Kreisverbandsvorsitzende) und ihr Team freuen sich schon jetzt auf eine rege Teilnahme.

**„Die Menschen vergessen oft, dass das größte Zeichen der Dankbarkeit nicht in Worten, sondern in Taten besteht.“**

(John F. Kennedy, ehemaliger US-Präsident)

## Landeskongress 2025

**Save the date:  
8 bis 9. Mai 2025**



Der Landeskongress der DPoIG Hessen ist für Donnerstag, 8. Mai, bis Freitag, 9. Mai 2025, geplant. Die Örtlichkeit wird rechtzeitig bekannt gegeben. Die Kreisverbände und Funktionsträger werden gebeten, sich diesen Termin vorzumerken. Weitere Informationen erfolgen jeweils gemäß Planungsstand auf den bekannten Wegen.

Alexander Glunz,  
Landesgeschäftsführer

## IMPRESSUM

Redaktion:  
Markus Schaaf (V. i. S. d. P.)  
Landesgeschäftsstelle:  
Rheinstraße 99  
65185 Wiesbaden  
Tel.: 0611.97454404  
Fax: 0611.97454406  
E-Mail: [schaaf@dpolg-hessen.de](mailto:schaaf@dpolg-hessen.de)  
ISSN 0723-1830

Namentlich, als Kommentar oder anders gekennzeichnete Veröffentlichungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und der DPoIG Hessen wider.



**Kommt ein Mann vom Arzt zurück.**

**Fragt ihn seine Frau:**

**„Na, was hat der Arzt gesagt?“**

**„30 Euro!“**

**„Nein, ich meinte, was hast du?“**

**„Nur 20 Euro!“**

**„Zum Kuckuck noch mal,  
was fehlt dir?“**

**„10 Euro!“**